



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/02/israelopt-un-list-of-settlement-businesses-offers-new-hope-for-accountability/>

PRESSEMITTEILUNG

13. Februar 2020, 15:19 UTC

ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: UN-Liste von Siedlungsunternehmen lässt neue Hoffnung auf Verantwortlichkeit aufkommen

Die Veröffentlichung einer Datenbank der Vereinten Nationen mit einer Liste von mehr als 100 Unternehmen, die an geschäftliche Aktivitäten in illegalen israelischen Siedlungen beteiligt sind, stelle einen wichtigen Schritt in Richtung Verantwortlichkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT/Occupied Palestinian Territories) dar, erklärte Amnesty International heute.

Das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte (OHCHR/ Office of the UN High Commissioner for Human Rights) veröffentlichte am gestrigen 12. Februar 2020 einen Bericht über Firmen mit spezifischen Verbindungen zu israelischen Siedlungen in der Westbank. Das Mandat für die Erstellung dieses Berichts hatte der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC/ UN Human Rights Council) dem OHCHR im Jahr 2016 erteilt. Der Bericht führt auch verschiedene Online-Tourismusunternehmen darunter Airbnb, TripAdvisor, Expedia und Booking.com auf, die laut den [Nachforschungen](#) von Amnesty International den Tourismus in die Siedlungen ziehen und so zu deren Existenz und Ausbau beitragen.

„Zivilisten in besetzten Gebieten anzusiedeln verstößt gegen das Internationale Humanitäre Völkerrecht und läuft auf ein Kriegsverbrechen hinaus. Die Firmen zu benennen, die im Kontext einer solchen rechtswidrigen Situation Profite erwirtschaften, enthält auch eine klare Botschaft der Internationalen Gemeinschaft, dass diese Siedlungen niemals als normal betrachtet werden dürfen. Die Unternehmen in dieser Datenbank tragen

*zu systematischen Menschenrechtsverletzungen an Palästinenser*innen bei und profitieren noch davon,“* sagte Saleh Higazi, der stellvertretende Leiter der Abteilung Nahost bei Amnesty International.

„Wir fordern die Unternehmen auf, ihren internationalen Verantwortlichkeiten Rechnung zu tragen und ihre geschäftlichen Aktivitäten in Bezug auf diese Siedlungen einzustellen.“

Amnesty International fordert sowohl das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte (OHCHR) als auch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) auf, in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren dafür Sorge zu tragen, dass die Liste der Unternehmen in der Datenbank regelmäßig aktualisiert und berechenbar finanziert wird - mit einem klaren, zeitlich definierten Berichtsrahmen, um eine kontinuierliche und genaue Überprüfung von Unternehmen zu ermöglichen, die in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT/Occupied Palestinian Territories) mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen.

Wenn eine Besatzungsmacht auf besetztem Gebiet Siedlungen errichtet und seinen Bürgern erlaubt, sich in diesen Siedlungen niederzulassen, dann begeht sie nach internationalem Völkerrecht ein Kriegsverbrechen. Die Siedlungen in den OPT werden auf rechtswidrig beschlagnahmten Boden errichtet, und sind die Ursache für eine ganze Reihe von massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen an der palästinensischen Bevölkerung.

Im vergangenen Jahr brachte Amnesty International durch ihre Nachforschungen ans Licht, wie Airbnb, TripAdvisor, Expedia und Booking.com den Siedlungsausbau vorantreiben und forderte diese Unternehmen dringend auf, alle Angebote aus illegalen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) aus ihren Listen zu entfernen.

„Diese Unternehmen werben für touristische Attraktionen, die mit Kriegsverbrechen in Verbindung stehen. Wir begrüßen diesen Schritt des Büros der Hohen Kommissarin für Menschenrechte und hoffen, dass die Veröffentlichung einer Datenbank mit den Namen solcher Firmen den Druck auf Tourismus-Unternehmen erhöht, ihre Werbung für Attraktionen, die sich auf gestohlenem Land befinden, zu stoppen,“ sagte Saleh Higazi.

„Die Veröffentlichung dieser Liste ist eine rechtzeitige Mahnung daran, dass diese Siedlungen illegal sind und nie als normal betrachtet werden dürfen. Für die in der Datenbank aufgeführten Unternehmen gibt es keine Entschuldigung – wenn sie ihre geschäftlichen Aktivitäten in die israelischen Siedlungen fortsetzen, bedeutet dies, dass sie wissentlich gegen ihre internationalen Rechtsverbindlichkeiten verstoßen.“

Nach den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Unternehmen und Menschenrechte müssen die Firmen *„vermeiden, durch eigene Aktivitäten nachteilige menschenrechtliche Folgewirkungen zu verursachen oder zu solchen beizutragen, und sie müssen dafür zu sorgen, dass solche Folgewirkungen angegangen werden, wenn sie doch auftreten sollten.“*